
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem
Ausschuss für Finanzen zum Haushalt 2022 am 10.11.2021**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:17 Uhr
**Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-
Roßlau**

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, Dr. Robert Reck, und der Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses, Herr Stadtrat Weber, begrüßen die Ausschussmitglieder und Gäste beider Ausschüsse zur gemeinsamen Sitzung zum Haushaltsplan 2022.

Gegen die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung werden sowohl seitens des Haupt- und Personalausschusses als auch des Finanzausschusses keine Einwendungen vorgebracht. Für den Haupt- und Personalausschuss wird die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern und für den Finanzausschuss mit ebenfalls 9 anwesenden Ausschussmitgliedern festgestellt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellen die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 09:00:00
Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

3 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde werden beide Ausschüsse betreffend keine Anfragen vorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

16:35 Uhr – Herr Schönemann erscheint.

Der Haupt- und Personalausschuss ist mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

Es werden keine Anfragen und/oder Informationen vorgebracht.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltssatzung 2022, Haushaltsplan 2022, Stellenplan 2022 Vorlage: BV/404/2021/II-20

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 werden gemeinsam beraten.

Das Wort wird an **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** für weitere inhaltliche Ausführungen übergeben.

Frau Nußbeck führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf in den einzelnen Teilen in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werde. Für die Personalkosten sei der Haupt- und Personalausschuss zuständig und der Bereich IT sei sachlich nicht zugeordnet. Diese beiden Bereiche wollen sie in der heutigen gemeinsamen Sitzung vorstellen.

Es folgen zu Beginn Erläuterungen zum Bereich Personal/Personalkosten. **Frau Nußbeck** erläutert diesen Bereich anhand einer Power Point Präsentation. Nachfolgend sind Anfragen und deren Beantwortung protokolliert.

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** zur Stelle „Pädagogischer Mitarbeiter Tierpark“ führt Frau Bürgermeisterin Nußbeck aus, dass diese Stelle im Stellenplan enthalten sei.

Herr Stadtrat Schönemann führt aus, dass er seit seiner Zeit als Vorsitzender des Kulturausschusses wahrgenommen habe, dass das Kulturamt in seiner Leistungsfä-

higkeit und Außenwirkung aufgrund der personellen Situation herabgesetzt sei. Er bittet zu prüfen, inwieweit eine Strukturuntersuchung durchgeführt werden könne, um das Kulturamt personell, inhaltlich und fachlich zu stärken.

Im Weiteren auf den Strategiebereich des Oberbürgermeisters eingehend, erfragt er vor dem Hintergrund komplexer Themen wie Digitalisierung u. a., welche Rolle dabei der Strategiebereich spiele.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck greift die Anfrage auf und erläutert, dass die Stelle „Strategische Stadtentwicklung“ momentan personell besetzt sei. Derzeit befinde sich in der Verwaltung eine Demografiestrategievorlage im Umlauf. Er denke, dass bei den strategischen Aufgaben an dieser Stelle große Unterstützung geleistet werde. Für Themen wie „Digitalisierungsstrategie“ sei man seiner Meinung nach momentan nur bedingt aufgestellt. Die Frage sei, welchem Bereich solche Dinge zugeordnet sein sollten. Möglicherweise seien diese in den Fachbereichen, die diese Thematik als Schwerpunktaufgabe wahrnehmen, anzusiedeln. Das sei aber offen. Die große Frage, die sich in diesem Zusammenhang dann auch stelle sei die Umsetzung, so Hr. Dr. Reck. Hier komme man ziemlich schnell in Aufgabenbereichen, bei denen Managementfähigkeiten/Managementkompetenzen also Projektmanagementfähigkeiten gebraucht werden. Insofern werden sicher alle Fachbereiche bestätigen, dass man an dieser Stelle, also bei der Projektumsetzung und dem Projektmanagement entsprechende Mitarbeiter/-innen braucht, die mit unterstützen können.

Bezüglich der Bitte um Durchführung einer Strukturuntersuchung des Kulturamtes erklärt **Herr Dr. Reck**, dass das Amt sämtliche Kultureinrichtungen der Stadt umfasse. Die hier möglicherweise nicht besetzten Stellen zeigen insofern den Bereich des Kulturamtes, der nicht Sport und Theater darstelle. Während der vielen Jahre der Haushaltskonsolidierung mit der Umsetzung von kw-Vermerken wurden nie wirklich Konzepte; auch Personalkonzepte, erarbeitet. Man sei an diesem Thema dran, beispielsweise bei dem Bibliotheks- und Museumsbereich. Im Bereich der Verwaltung des Kulturamtes habe man in der Vergangenheit besondere Spitzen durch Projektmitarbeiter/-innen 'abgefangen' (z. Bsp. Bauhausjubiläum). Er glaube, dass es im Kulturbereich wichtig sei, dass man den Mitarbeiter/-innen auch entsprechende Sachkosten an die Hand gebe, mit denen man sich durchaus auch einmal externe Expertise einkaufen könne. Abschließend erklärt Herr Dr. Reck, dass man sich dieser Problematik stellen werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Schönemann** erklärt **Herr Dr. Reck**, dass er diese Bitte als Prüfauftrag versteht. Er betont dabei, dass man im ersten Schritt schauen sollte, wie das 'Kernamt' aufgestellt sei.

Frau Stadträtin Koschig nimmt Bezug auf den Beschluss zur Umwandlung des/der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in ein Hauptamt und erfragt den diesbezüglichen Arbeitsstand sowie wo dies in den Stellenplan miteingeflossen ist.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck verneint die Frage und erklärt, dass in den Stellenplan nur eine Stelle aufgenommen werden könne, wenn die Bewertung und Bemes-

sung klar sei. Beides liegt noch nicht vor. Der Auftrag wurde an die Verwaltung erteilt. Diese werde eine entsprechende Stellenbeschreibung erarbeiten. Danach erfolge die Bewertung und Bemessung. Frühestens danach könne die Stelle in den Stellenplan einfließen. Die Veränderung einzelner Stellen können aber auch unterjährig vollzogen werden, so **Frau Nußbeck**. Problematisch sei die Rechtslage an sich, denn in der Hauptsatzung sei festgeschrieben, dass der Kinder- und Jugendbeauftragte ehrenamtlich sei. Insofern müsste die Hauptsatzung angepasst werden.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen zum Thema Personal/Personalkosten werden nicht vorgebracht.

Die **Bürgermeisterin** fährt mit den Ausführungen zum IT-Bereich fort, welche anhand einer Power Point Präsentation erfolgen.

Bezüglich der Ausführungen zur Struktur und der Schwierigkeiten nachzubeseztender Stellen betont **der Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses**, dass der Stadtrat hinter der Verwaltung stehe, wenn sie sich diesbezüglich Hilfe von außerhalb holen wolle.

Herr Stadtrat Schöнемann führt aus, dass dies seines Erachtens nach ein generelles Problem sein werde, sich im Wettbewerb am Markt zu behaupten. Man sei gut beraten, wenn man sich über die eine oder andere Stelle verständige, wie sie am Markt zu bewerten und zeitgemäß aufzustellen sei. Es nütze nichts, sich an Tarifen zu orientieren, die eine Verwaltung nicht arbeitsfähig gestalte. Insofern müsse man sich hierbei ein paar mehr Gedanken machen. Diese Bitte habe er dringend, da man nicht darauf warten könne, bis andere der Stadt etwas Gutes tun. Hier sei man selbst gefordert.

Der **Finanzausschussvorsitzende** ergänzt, dass im Finanzausschuss des Öfteren angesprochen wurde, dass die Verwaltung in die Stellenobergrenzenverordnung des Landes eingebunden sei. Aus diesem Grund wies er darauf hin, dass man für den Fall, dass die Verwaltung nicht weiterkomme, ggf. als Stadtrat der Verwaltung gestatten müssen, Mittel zur Verfügung zu stellen, erforderlichen Sachverstand am Markt einzukaufen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Reck erklärt, dass man zum einen die Organisationsform des IT-Bereichs noch einmal betrachten könne und zum anderen auch das Thema der Unterstützung durch Externe. In der heutigen Zeit zählt nicht nur das Argument der Vergütung, sondern auch das der Arbeitsplatzqualität. Dies sei seiner Meinung nach für alle Kommunalverwaltungen die große Herausforderung, mit den verfügbaren Mitteln eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, die sich die Menschen am Arbeitsplatz wünschen. Daher sei dies nach seinem Dafürhalten auch hier die Herausforderung, vor der die Verwaltung stehe. Man müsse im Wettbewerb mit den räumlichen Rahmenbedingungen und Ausstattungen bestehen können.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck stellt dieses Thema an dieser Stelle in den gesellschaftlichen Kontext. Bekanntlich entwickeln sich die Arbeitsplätze immer weiter, d. h. die Herausforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter/-innen werden immer höher. Der Anteil an Aufgaben, die insbesondere einen Hochschulabschluss voraussetzen wird immer größer. Dies bedeute, dass der Anteil der Stellen mit niedrigeren Anforderungen abnehme. Gleichzeitig nehme aber nicht die Quote der Abiturienten oder Studenten insgesamt zu. Diese Quote sei stabil und das Ganze vor dem Hintergrund, dass dem Arbeitsmarkt jedes Jahr 200.000 Menschen fehlen, welches bedingt durch das Geburtendefizit ist. Hinzu komme die Konkurrenz mit der Wirtschaft, die natürlich erheblich flexibler sei, als eine öffentliche Verwaltung. Außertarifliche Bezahlungen seien nach dem KVG LSA an bestimmte Bedingungen gebunden, d. h. wenn damit Stellen eingespart werden. Der Stadtrat müsse darüber dann einen Beschluss fassen und die Genehmigung müsse durch das Innenministerium erfolgen. Vereinzelt haben die Verwaltung schon solche Anträge gestellt. Die Genehmigungen erfolgten nicht vor Ablauf von 2 Jahren. Damit will Sie zum Ausdruck bringen, dass diese Dinge nicht wirklich helfen. Öffentliche Verwaltungen haben relativ starre Vergütungssysteme mit wenigen Spielräumen. In einigen Fällen könne man befristete Zulagen zahlen. All diese Instrumente tragen nicht zur Entspannung der Situation bei. Dazu kommen die bereits erwähnten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Herr Stadtrat Adamek erläutert, dass genau aus den genannten Gründen seine Fraktion eine Beschlussvorlage vorlegen wird. Diese sehe vor, dass in der Kommune und innerhalb der kommunalen Familie mit dem Dualem Studium begonnen werde. Dies mache in der heutigen Zeit Sinn. Dies werde als Prüfauftrag formuliert, mit der Bitte um Analyse der Personalstruktur. Er sehe den Vorteil in einem dualen Studium, dass man den Studenten arbeitsvertraglich für einen gewissen Zeitraum binden könne, woraus sich möglicherweise ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis entwickle. So wären seiner Meinung nach Personalprobleme zukunftsorientiert zu lösen.

Herr Stadtrat Schöнемann ergänzt, dass Arbeitszeitmodelle zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es sei festzustellen, dass junge Leute eher nach einer Work-Life-Balance streben. Die Bemessung der Freizeit erfolge nach den Einkommensverhältnissen. Er erfragt, ob dies in der Verwaltung bereits eine Rolle spiele.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass es einen erheblichen Anteil an Mitarbeitern in Teilzeit aufgrund persönlicher Wünsche gebe. Nach dem Teilzeitbefristungsgesetz ist dem Antrag zu entsprechen, wenn keine dienstlichen Gründe entgegenstehen. Im Weiteren habe die Verwaltung eine flexible Arbeitszeit und innerhalb der Kernverwaltung, d. h. wo keine Dienstpläne existieren und/oder Sprechzeiten abzusichern sind, keine Kernarbeitszeit. Sie führt im Weiteren zur Planung für die Beschaffung von Hard- und Software aus.

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** zur Vereinheitlichung der Software für Schuldnerberatungsstellen erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass diese Software in diesem Jahr angeschafft wurde und genutzt werde.

Herr Stadtrat Fackiner erfragt den aktuellen Stand der Digitalisierung der Angebote der Stadt. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** verweist darauf, dass der krankheitsbedingt abwesende Referatsleiter IT, Herr Barthel, umfassend in diesem Thema steckt. Es sei geplant, dass auch die Stadträte darüber informiert werden, wo der Stand der Verwaltung ist und was noch vor ihr liegt. Im ersten Schritt sei eine Informationsveranstaltung für die Führungskräfte der Verwaltung in Vorbereitung. Im nächsten Schritt würde Herr Barthel die Stadträte diesbezüglich informieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt unter dem Hinweis auf die Umsetzungsdeadline OZG 2022, dass seiner Meinung nach dieses zeitliche Ziel nicht zu schaffen sei. Dies sei auch ein Thema, welches nicht unbedingt auf kommunaler Ebene gelöst werden könne. Man stelle sich natürlich diesen Aufgaben, jedoch müssen Bund und Länder hier für eine Vereinheitlichung und mehr Zuverfügungstellungen sorgen, um so die Kommunen zu entlasten.

Herr Stadtrat Picek nimmt Bezug auf die im Haushalt abgebildeten Mittel für PC-Arbeitsplätze i. H. v. 110 TEUR für Investitionen. Er erfragt, wieviel PC-Arbeitsplätze mit diesen Mitteln erneuert werden sollen. Seiner Schätzung nach können dies nicht mehr als 110 PC-Arbeitsplätze sein. Er erfragt, ob hier nicht versucht werden sollte, den Rückstand schneller aufzuholen.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass es sich hierbei um die kapazitive Grenze handele, d. h. dass im Jahr nicht mehr als diese Anzahl an PC-Arbeitsplätzen mit dem vorhandenen Personal im IT-Bereich eingerichtet werden können.

Herr Stadtrat Ratzmann greift die Frage der IT-Sicherheit auf und möchte wissen, ob die Stadt hier ausreichend aufgestellt sei. Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass an der Investitionsliste deutlich abzulesen sei, dass dort ganz viel investiert werde. Eine 100 %ige Sicherheit gebe es nicht. Ständig sei die Verwaltung Angriffen von außen ausgesetzt. Die Mitarbeiter/-innen werden ständig sensibilisiert, unklare Absendermails sofort zu löschen. Jedoch sei die Art und Weise sogenannter Phishingmails bereits so ausgefeilt, dass ein Eindringen in die Verwaltung nicht zu 100 % ausgeschlossen werden könne.

Herr Stadtrat Fackiner nimmt Bezug auf das Thema Qualifizierung/ Weiterbildung des Personals und erfragt, was diesbezüglich vorgesehen sei. **Frau Bürgermeisterin** erklärt, dass die Stadt eine erhebliche Kostenposition für Aus- und Weiterbildung im Haushalt vorhalte (über 300 TEUR). Diese Mittel seien coronabedingt im letzten Jahr nicht in vollem Umfang abgeflossen. An dieser Stelle werde die Verwaltung auch zukünftig nicht sparen.

Herr Stadtrat Fackiner stellt im Anschluss noch eine konkrete Nachfrage zum Haushaltsplanentwurf 2022 bezüglich des Programmkinos. Die im Haushaltsplanentwurf abgebildeten Mittel entsprechen seiner Meinung nach nicht der Beschlussla-

ge. Da es diesbezüglich eine positive Entwicklung gebe, erwartet er, dass sich diese Position entsprechend der ursprünglichen Beschlusslage wieder bei 30 TEUR einfinde. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt, dass die Verwaltung das in den Haushalt aufgenommen habe, was durch das Fachamt angemeldet wurde. Sie werde die Anfrage zur Beantwortung mitnehmen.

Der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses** führt abschließend aus, dass ihm bekannt sei, dass die Fraktion Die Linke wieder eine umfassende Antragsliste vorbereitet habe. Seines Wissens nach handele es sich hier zum großen Teil um nicht erfüllte Anträge der letzten Jahre. Seine eigene Fraktion habe auch einige Anträge in Vorbereitung. Er rufe an dieser Stelle alle Fraktionen dazu auf, sehr zeitnah, schriftlich begründete Anträge, so diese vorhanden seien, an die Verwaltung zuzureichen. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** bedankt sich für diesen Hinweis und bittet um zeitnahe Zureichung, damit die Verwaltung den Ausschüssen eine Übersicht vorlegen könne, die bereits durch die Verwaltung geprüft wurde.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 und Folgejahre **Vorlage: BV/405/2021/II-20**

Frau Stadträtin Ehlert nimmt Bezug auf die Haushaltskonsolidierung und erfragt die Thematik „Schulsozialarbeit“.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass es mehr Stellen „Schulsozialarbeit“ gebe, als gefördert werden. Aus diesem Grund sei dies noch Bestandteil der Haushaltskonsolidierung. Es sei noch keine Entscheidung darüber getroffen worden, wie mit diesen Stellen umgegangen werden solle.

Nach diesem Tagesordnungspunkt stellen die **Ausschussvorsitzenden** die Nichtöffentlichkeit her.

7 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Die gemeinsame Sitzung wird um 17:40 Uhr geschlossen.

8 Weiterführung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck setzt nach einer Pause um 17:55 Uhr die alleinige Sitzung des Haupt- und Personalausschusses fort.

8.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschuss, Herr Dr. Reck**, stellt die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

9 Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2021 (Sondersitzung)

Die Niederschrift wird mit 2 Enthaltungen ungeändert genehmigt.

10 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 06.10.2021 nicht öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

Unternehmensangelegenheiten:

- Verzicht auf Klageerhebung gegen die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes wegen Aufnahme einer überörtlichen wirtschaftlichen Betätigung gem. § 128 Abs. 4 KVG LSA vom 23.02.2021

Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehren-Stadtwehrleiter“ an den Kameraden Olaf Braun

Prüfaufträge zum Haushalt 2020:

- Prüfauftrag 53.

11 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Im Berichtszeitraum wurden keine Eilentscheidungen durch den Oberbürgermeister getroffen.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Kellner zur Sitzung.

12 Öffentliche Anfragen und Informationen

12.1 Berichterstattung des Oberbürgermeisters aus dem Pandemiestab

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erstattet Bericht aus dem Pandemiestab. Die diesbezüglich ausgereichte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Des Weiteren kündigt er verstärkte Kontrollen für die Einhaltung der 3G / 2G Regeln sowie die Anwendung von Bußgeldern bei Verstößen an. Herr Dr. Reck informiert, dass die Möglichkeit von mobilen Impfteams besteht und dass insbesondere Impfangebote für die Lehrerschaft angeboten werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, ergänzt, dass die Einrichtung von maximal 3 festen Impfstellen ab Januar 2022 angedacht ist.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, möchte wissen, ob die Auffrischungsimpfungen für alle Bürger freigegeben sind. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bejaht diese Frage und ergänzt, dass ein halbes Jahr vergangen sein muss.

Herr Kellner, Fraktion CDU, informiert, dass aktuell die Kinder in den Grundschulen dreimal wöchentlich getestet werden. Er fragt, ob dies in den Kindertageseinrichtungen ebenso gilt.

Herr Beigeordneter Krause teilt mit, dass die Erlasslage in der Änderungsverordnung vorsieht, dass die zuständigen Ministerien diese Angelegenheit regeln. Das zuständige Ministerium für die Kindertageseinrichtungen hat derzeit noch keine Regelung getroffen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, möchte wissen wieso bei berufsbedingten Reisenden keine Testpflicht besteht. **Herr Beigeordneter Krause** erläutert, dass diese Gruppe von Reisenden durch ihren Arbeitgeber getestet wird.

Des Weiteren wird erfragt, ob die für die Stadt geltende Verordnung verlängert und ob es Anpassungen geben wird. **Herr Oberbürger Dr. Reck** bestätigt, dass aktuell diesbezüglich Gespräche im Pandemiestab geführt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erkundigt sich, ob es eine mediale Begleitung in den sozialen Netzwerken geben wird und ob seitens der Stadt intensiver für die Impfung geworden wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt, dass es Videobotschaften geben wird. Das Bewerben der Impfungen war u.a. Thema in der Konferenz mit dem Ministerpräsidenten. Die Stadt wird weiterhin in den sozialen Medien sowie in den Tageszeitungen Bericht erstatten.

12.2 Sonstige Anfrage und Mitteilungen

Herr Fricke, Fraktion SPD, informiert, dass in der Öffentlichkeit Irritationen bezüglich der Änderung der Abfallbeseitigungsgebühr (Grüne Tonne) aufgetaucht sind. Viele Bürger vermuten, dass der Abfuhrhythmus von 2 auf 4 Wochen verlängert wird, da bei der Gebühren Neuberechnung die Pflichtleerungen von 24 Stück auf 12 Stück gesenkt wurden. Er bittet die Verwaltung mithilfe einer Pressemitteilung darzulegen, dass lediglich die Gebühren der Pflichtleerungen geändert wurden, aber der Abfuhrhythmus bestehen bleibt.

Die nächste Anfrage von **Herrn Stadtrat Fricke** betrifft die aktuelle Klimasituation der Galerie im Schloß Georgium. Laut einem Zeitungsartikel der Mitteldeutschen Zeitung sei der Einbau einer weiteren Klimaanlage für die Temperaturstabilität erforderlich. Herr Fricke äußert den Gedanken eines Planungs- und Ausschreibungsfehlers. Er möchte wissen, wo der Fehler dieser Unterdimensionierung lag.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist auf die zuständigen Fachämter sowie auf den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Des Weiteren informiert er, dass aktuell die Sorge besteht, dass im Sommer die vorgeschriebenen Klimaparameter nicht eingehalten werden können, da bisher wenig Evaluationsmöglichkeiten für ein stabiles Klima im Sommer bestanden. Die besonderen Herausforderungen bei dem Gebäude bestehen darin, dass mehrere Klimakreisläufe zu beachten sind. Das Haus wurde nicht als Galerie erbaut und das Gebäude sowie die Sammlung gelten als UNESCO-Welterbe. Beide Schutzzwecke sind zu erfüllen. Nach den Gesprächen,

in den kommenden Wochen, erfolgen die Beschaffung und dann der Einbau der Klimaanlage. Für das Einbringen der Bilder wird eine denkmalrechtliche Genehmigung gefordert, welche unproblematisch werden dürfte, wenn die Klimasituation sich stabilisiert.

Herr Dr. Reck berichtet von der Pressekonferenz zur Vorstellung des Gemäldeankaufs, welches mit einem Stadtratsbeschluss und weiteren Spenden unterstützt wurde. Er informiert, dass das Gebäude trotz geplanter Bauarbeiten zugänglich ist und es angestrebt wird, das aktuell vorhandene Gemälde zu präsentieren.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

17 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schließt die Sitzung um 19:17 Uhr.

Dessau-Roßlau, 20.01.22

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer